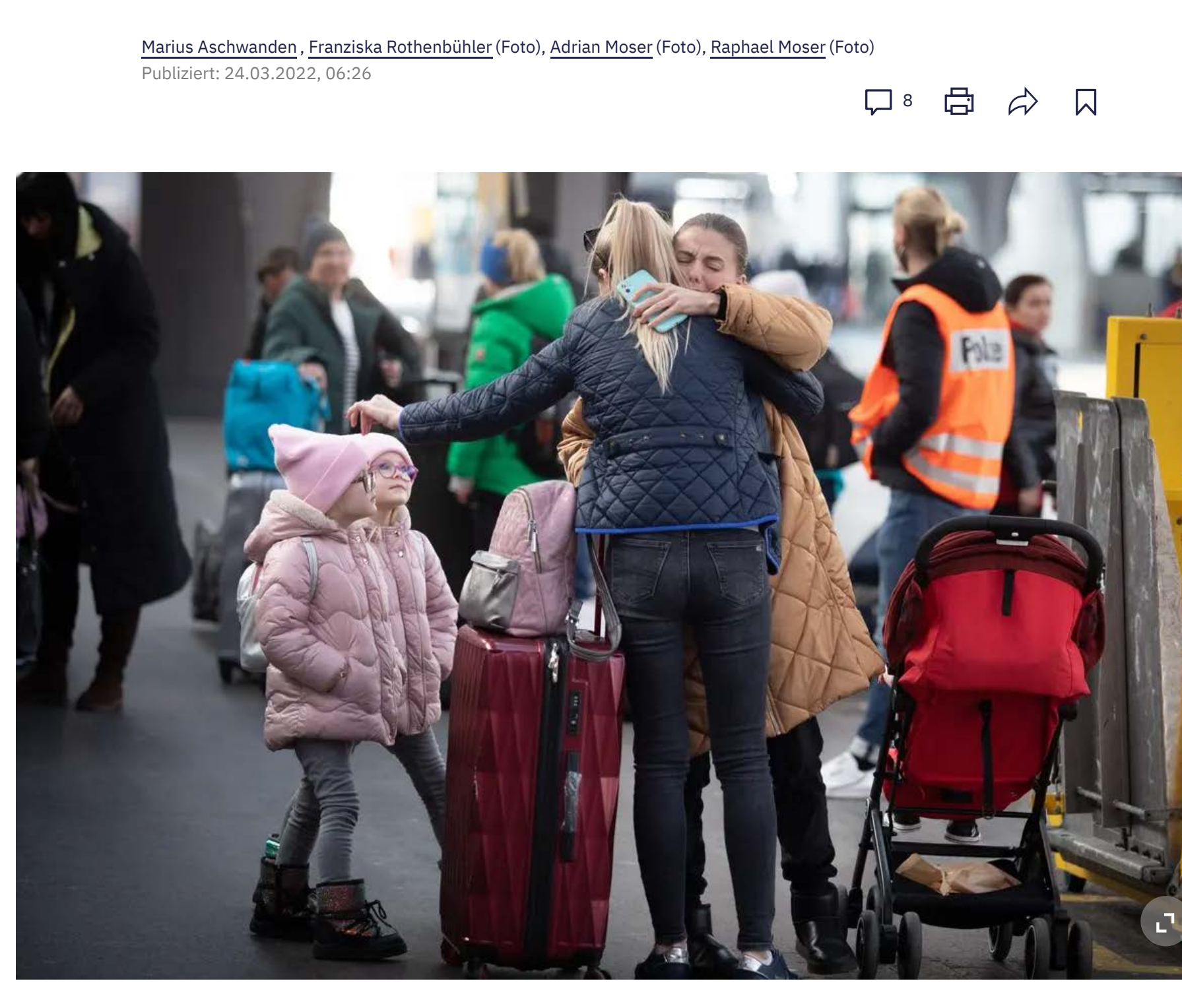
Abo Krieg in der Ukraine

Was wir aus früheren Flüchtlingswellen lernen können

Schon 1999 und 2015 flüchteten viele Menschen in die Schweiz. Das Engagement der Bevölkerung hat sich seither weiterentwickelt – wie Beispiele aus dem Kanton Bern zeigen.

Marius Aschwanden, Franziska Rothenbühler (Foto), Adrian Moser (Foto), Raphael Moser (Foto)
Publiziert: 24.03.2022, 06:26
8


In der Schweiz angekommen: Ukrainische Flüchtlinge am Zürcher Hauptbahnhof.
Foto: Sabina Bobst

Beim Kosovokrieg 1998 und 1999 flohen über 800'000 Menschen in europäische Länder.

Bei der Flüchtlingskrise 2015 und 2016 waren es über 2 Millionen.

Und beim Ukraine-Krieg, der erst seit knapp vier Wochen tobt, sind es bereits über 3,5 Millionen.

Eines haben alle drei Flüchtlingswellen gemeinsam: Die Menschen, die ihre Heimatländer verlassen, benötigen Sicherheit, Unterkünfte, Essen, Kleidung. Auch in der Schweiz.

Momentan scheint die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung beinahe grenzenlos zu sein. Die Frage ist nur: Wie lange wird sie anhalten? Eine Antwort darauf kann niemand geben.

Wir können aber von den Erfahrungen aus den letzten beiden Flüchtlingswellen lernen und darauf aufbauen – wie verschiedene Beispiele aus dem Kanton Bern zeigen.

Die meisten Asylgesuche überhaupt verzeichnete die Schweiz 1999 – über 47'000. Auch schon im Vorjahr suchten damals fast 43'000 Personen hier Schutz. Über die Hälfte der Menschen in diesen beiden Jahren stammte aus Kosovo.

Auch 2015 und 2016 kamen viele Asylsuchende in die Schweiz. Sie flüchteten vor den Kriegen in Syrien und Afghanistan sowie vor bewaffneten Konflikten und humanitären Krisen in afrikanischen Staaten. Rund 67'000 Asylgesuche wurden eingereicht.

Heute rechnet der Bund mit bis zu 60'000 Menschen aus der Ukraine, die in der Schweiz Schutz suchen werden. Allein der Kanton Bern geht von bis zu 30'000 Personen aus. Bis Mittwoch sind bereits über 12'700 in der Schweiz angekommen.

Sackgasse vor sieben Jahren

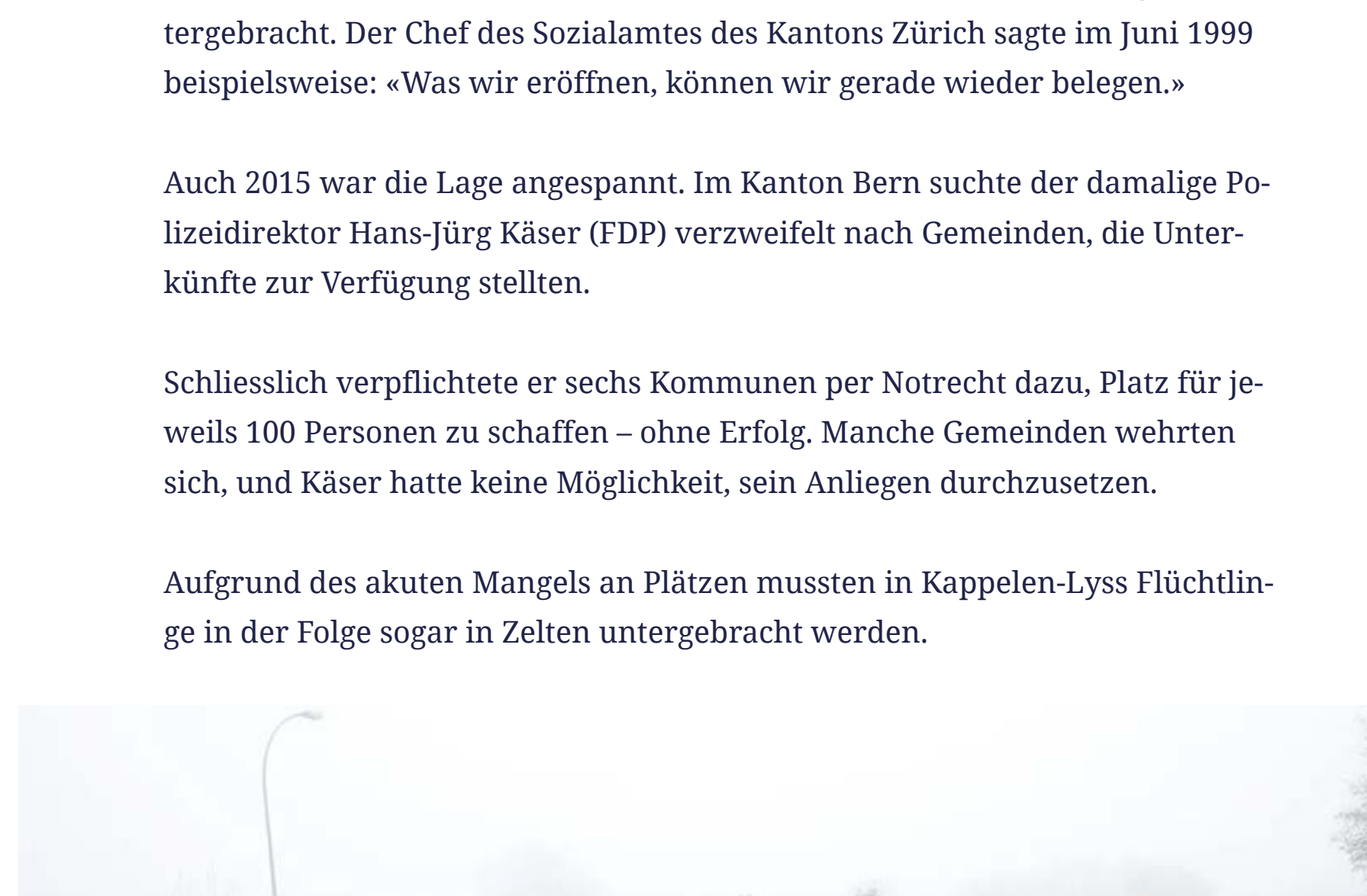
Eine der grössten Herausforderungen für die Behörden ist es jeweils, genügend Unterkünfte zu finden. Das zeigte sich sowohl in den 90er-Jahren als auch 2015.

Bei beiden Flüchtlingswellen suchten die Behörden fieberhaft nach Möglichkeiten. Die Geflüchteten wurden teils in Zivil- und Militärschutzanlagen untergebracht. Der Chef des Sozialamtes des Kantons Zürich sagte im Juni 1999 beispielsweise: «Was wir eröffnen, können wir gerade wieder belegen.»

Auch 2015 war die Lage angespannt. Im Kanton Bern suchte der damalige Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP) verzweifelt nach Gemeinden, die Unterkünfte zur Verfügung stellten.

Schliesslich verpflichtete er sechs Kommunen per Notrecht dazu, Platz für jeweils 100 Personen zu schaffen – ohne Erfolg. Manche Gemeinden wehrten sich, und Käser hatte keine Möglichkeit, sein Anliegen durchzusetzen.

Aufgrund des akuten Mangels an Plätzen mussten in Kappelen-Lyss Flüchtlinge in der Folge sogar in Zelten untergebracht werden.


Eine Notlösung: In Kappelen-Lyss mussten Flüchtlinge 2015 in Zelten wohnen.
Foto: Urs Baumann

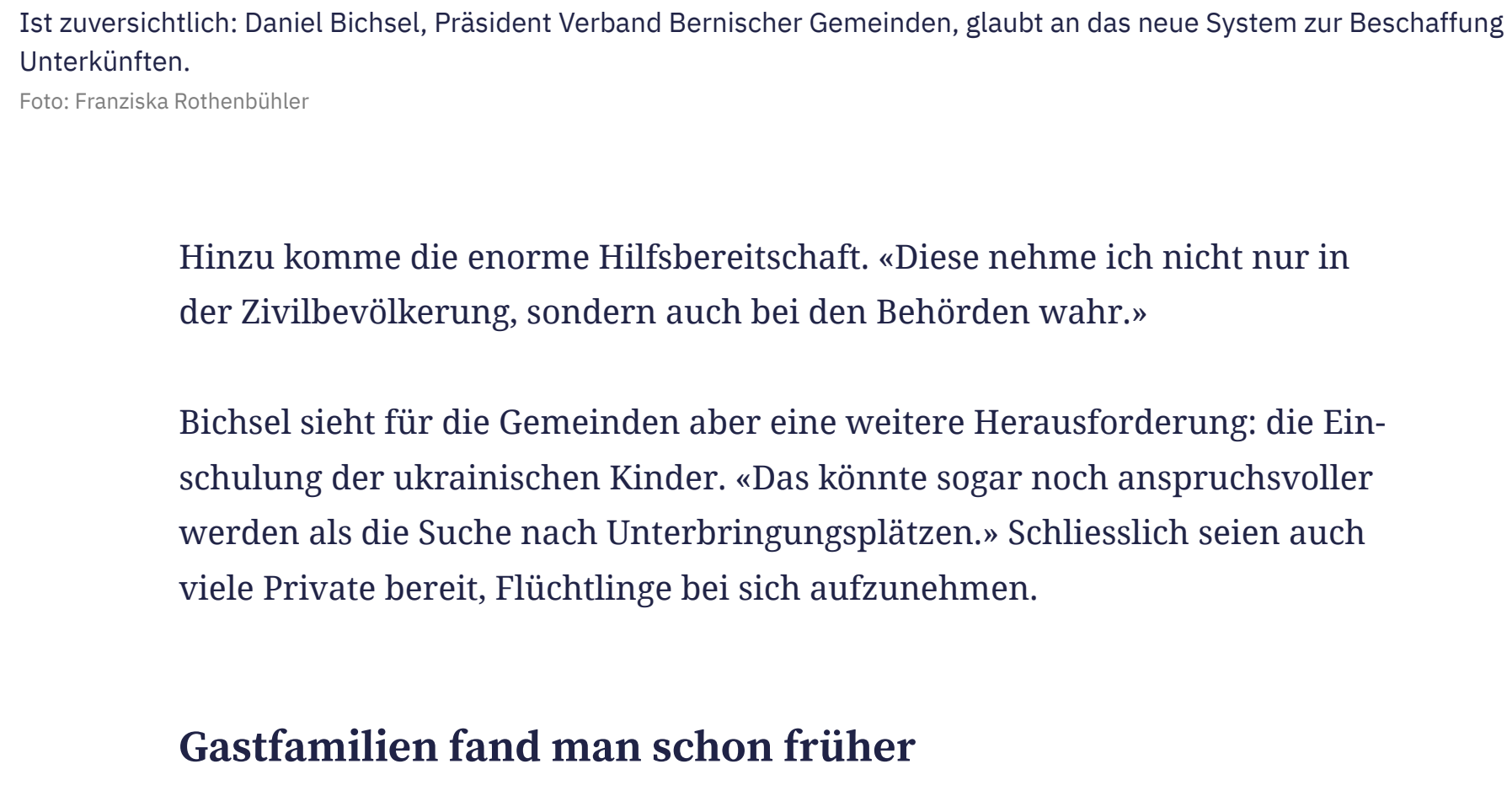
Entspannung brachte erst ein runder Tisch. Dort einigte man sich auf ein Modell, bei dem die Regierungsstatthalterämter eine wichtige Rolle bei der Beschaffung von Unterkünften spielten.

Die Gemeinden sind zuversichtlich

Auf dieses System setzt der Kanton auch heute. So hat er letzte Woche die angespannte Lage ausgerufen. Die Regierungsstatthalterämter sind nun verpflichtet, zusammen mit den Gemeinden eine bestimmte Zahl an kurzfristig verfügbaren Unterbringungsplätzen festzulegen.

Der zuständige Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP) spricht von einer «wahnsinnig grossen Herausforderung». Er zieht denn auch bereits in Betracht, dass sogar Turnhallen oder Mehrzweckhallen benötigt werden könnten, wie er in einem Interview mit dieser Zeitung sagte. ↗

Ob sich das heutige Modell zur Bereitstellung von Unterkünften bewährt, «sehen wir in den nächsten Tagen und Wochen», sagt derweil Daniel Bichsel, Präsident des Verbands Bernischer Gemeinden. Er ist aber zuversichtlich. Denn die Regierungsstatthalter seien näher an den Gemeinden dran als die Verwaltung in Bern.


Ist zuversichtlich: Daniel Bichsel, Präsident Verband Bernischer Gemeinden, glaubt an das neue System zur Beschaffung von Unterkünften.
Foto: Franziska Rothenbühler

Hinzu komme die enorme Hilfsbereitschaft. «Diese nehme ich nicht nur in der Zivilbevölkerung, sondern auch bei den Behörden wahr.»

Bichsel sieht für die Gemeinden aber eine weitere Herausforderung: die Einschulung der ukrainischen Kinder. «Das könnte sogar noch anspruchsvoller werden als die Suche nach Unterbringungsplätzen.» Schliesslich seien auch viele Private bereit, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen.

Gastfamilien fand man schon früher

Tatsächlich haben sich auf der Onlineplattform der Kampagnenorganisation Campax bereits Tausende Schweizerinnen und Schweizer bereit erklärt, ein Zimmer oder eine Wohnung zur Verfügung zu stellen. Mehr als 69'000 Betten stehen bereit, 11'000 davon im Kanton Bern.

In der jüngeren Geschichte wurden Flüchtlinge erstmals im Zuge der Syrienkrise im grösseren Stil bei Gastfamilien untergebracht. Damals lancierte die Schweizer Flüchtlingshilfe (SFH) ein Pilotprojekt in den Kantonen Bern, Aargau, Waadt und Genf.

Zwischen 2015 und 2018 wurden so 138 anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene während mindestens zwölf Monaten bei 104 Gastfamilien untergebracht. Demgegenüber stehen jetzt über 4000 Menschen aus der Ukraine, die bereits bei Privatleuten wohnen.

Schon 2015 sei es nicht schwierig gewesen, Gastfamilien zu finden. «Es gab ausserordentlich viele Anfragen und Angebote, sodass letztlich nicht alle berücksichtigt werden konnten», sagt SFH-Mediensprecher Peter Meier.

Auch heute läuft die Koordination der privaten Unterbringung über die Flüchtlingshilfe.

Bevölkerung war immer solidarisch

Die enorme Hilfsbereitschaft der Schweizer Zivilbevölkerung dürfte in erster Linie mit der Brutalität der russischen Invasion und der geografischen Nähe des Krieges zusammenhängen. Das jedenfalls sagen verschiedene Expertinnen und Experten.

Sie betonen aber auch, dass die Solidarität in der Gesellschaft während akuter Krisen schon immer gross gewesen sei. «Während des Kosovokrieges beschränkte sich das zivile Engagement aber noch eher auf die Städte und Agglomerationen. 2015 hingegen wurde die gesamte Bevölkerung durchdrungen», sagt etwa Alberto Achermann, Professor an der Uni Bern, der sich seit Jahren mit Migrationsthemen beschäftigt. Dazu beigetragen hätten Bilder wie jenes des toten Knaben Alan an einem Strand in der Türkei.

Sieht Veränderungen im zivilen Engagement: Alberto Achermann, Professor an der Uni Bern.
Foto: Adrian Moser

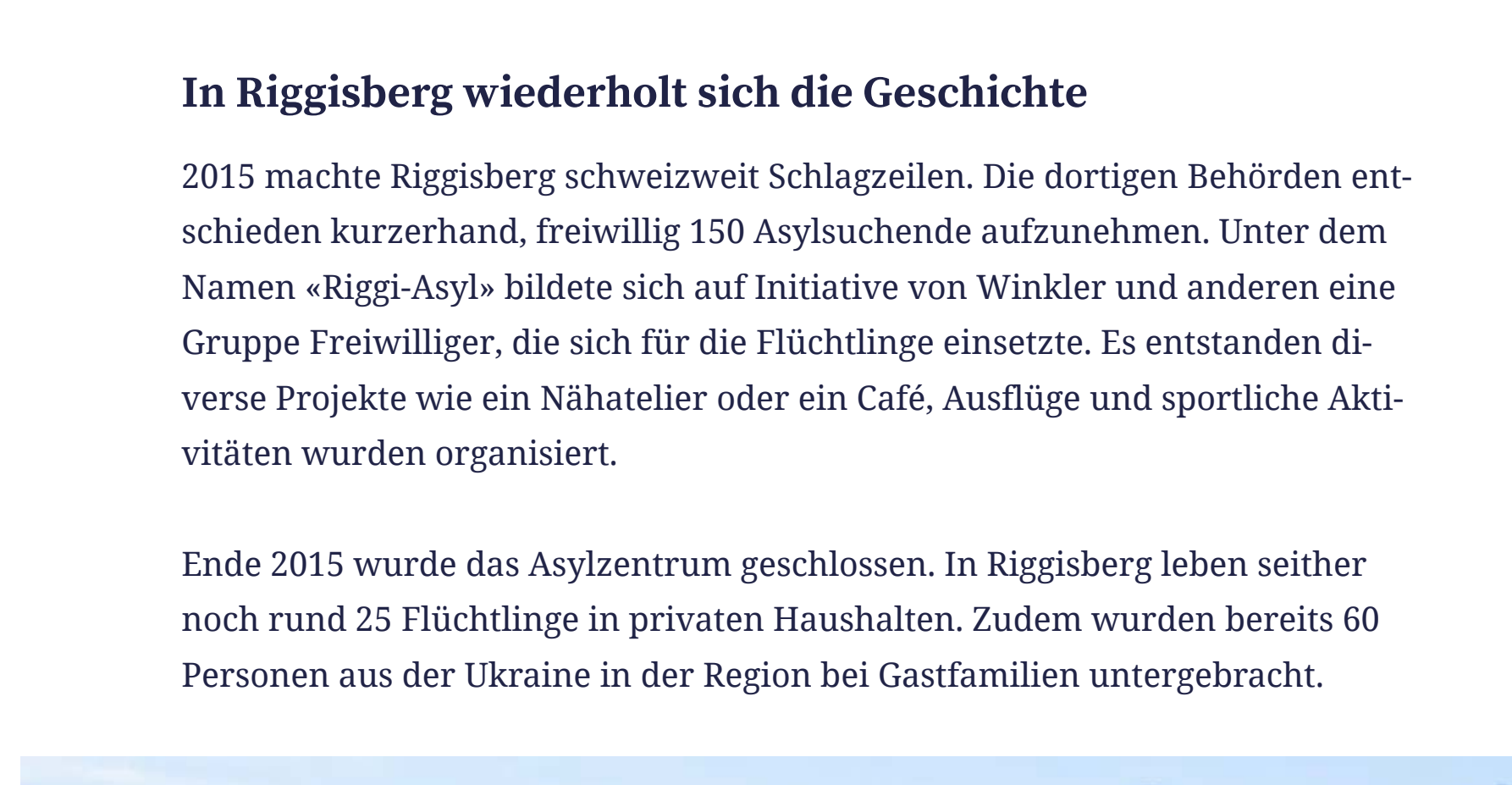
Auch auf dem Land seien damals viele lokale Integrationsprojekte entstanden. «In dieser Dimension kannte man das noch nicht.» Hinzu kam eine weitere Erscheinung: Freiwillige reisten im grösseren Stil nach Griechenland oder an die Balkanroute, um vor Ort zu helfen. «Vereinzelt gab es das auch schon im Zweiten Weltkrieg. Aber bei Weitem nicht in diesem Ausmass», so Achermann.

Die beiden Arten des zivilen Engagements wiederholen sich nun. Und teilweise sind auch wieder dieselben Leute beteiligt, wie das Beispiel von Pfarrer Daniel Winkler zeigt.

In Riggisberg wiederholt sich die Geschichte

2015 machte Riggisberg schweizweit Schlagzeilen. Die dortigen Behörden entschieden kurzerhand, freiwillig 150 Asylsuchende aufzunehmen. Unter dem Namen «Riggi-Asyl» bildete sich auf Initiative von Winkler und anderen eine Gruppe Freiwilliger, die sich für die Flüchtlinge einsetzte. Es entstanden diverse Projekte wie ein Nähatelier oder ein Café, Ausflüge und sportliche Aktivitäten wurden organisiert.

Ende 2015 wurde das Asylzentrum geschlossen. In Riggisberg leben seither noch rund 25 Flüchtlinge in privaten Haushalten. Zudem wurden bereits 60 Personen aus der Ukraine in der Region bei Gastfamilien untergebracht.


«Jetzt müssen wir grösser denken»: Daniel Winkler, Pfarrer in Riggisberg, baut erneut Betreuungsstrukturen für Flüchtlinge auf.
Foto: Raphael Moser

«Wir versuchen jetzt, auf dem gesamten Längenberg Betreuungsstrukturen aufzubauen und Freiwillige ins Boot zu holen», sagt Pfarrer Winkler. Anders als 2015, wo sich das Engagement und die Unterbringung auf Riggisberg fokussiert hat, müsse nun grösser gedacht werden.

Trotzdem könne man von den Erfahrungen profitieren. «Einerseits müssen wir wie 2015 niederschwellige Begegnungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge schaffen. Sie müssen über ihre Sorgen und Ängste sprechen können und brauchen eine Beschäftigung.»

Andererseits müssten auch die Gastfamilien eng begleitet werden. «Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass wir dem zu wenig Beachtung geschenkt haben», sagt Winkler. Die Flüchtlinge seien oft traumatisiert, was das Zusammenleben komplizierter mache.

Klar ist für den Pfarrer schon jetzt: «Die Behörden werden überfordert sein. Die Zivilgesellschaft muss eine grosse Aufgabe übernehmen.» Wenn man es schaffe, dass diese Arbeit für die Freiwilligen auch als Bereicherung empfunden werde, werde die Hilfsbereitschaft andauern. Davon ist Winkler überzeugt.

Aktivisten wurden professioneller

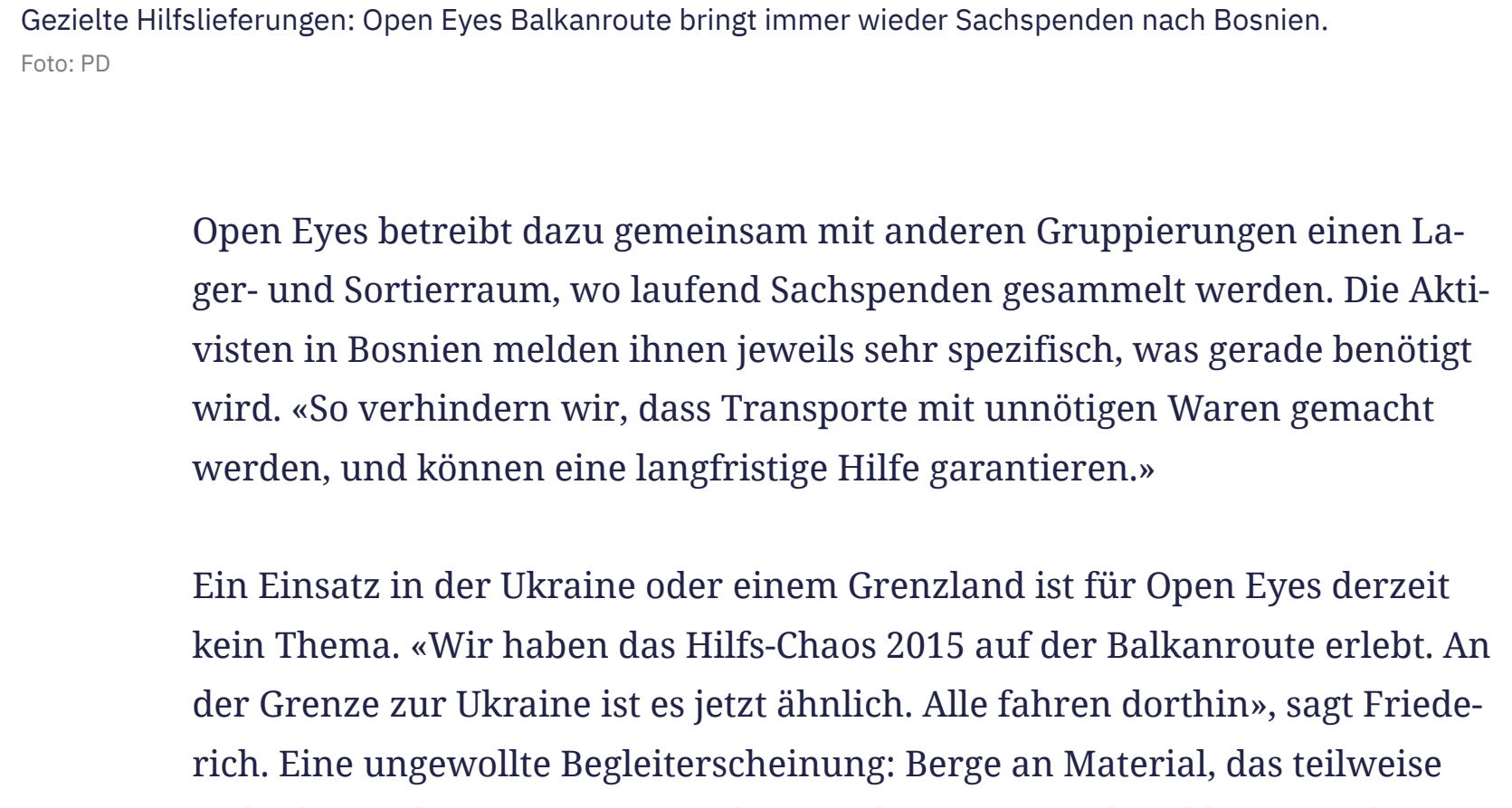
Neben solchen lokalen Initiativen in der Schweiz reisen derzeit auch wieder viele Aktivisten und Freiwillige nach Polen oder in andere Nachbarländer der Ukraine, um vor Ort zu helfen.

Einer, der das 2015 gemacht hat, ist der Berner Manu Friederich. Er gehört der Aktivistengruppe Open Eyes Balkanroute an, die damals mit einem 3,5-Tonnen-Transporter entlang der berüchtigten Fluchtroute präsent war.

Der Lastwagen war ausgestattet mit einer mobilen Küche, einer Stromversorgung zum Aufladen von Handys und einer mobilen Wi-Fi-Station.

«Alles war sehr improvisiert. Wir reisten von Hotspot zu Hotspot. Nach einem halben Jahr ging das Engagement aber stark zurück», erinnert sich Friederich. Viele der Helfer mussten wieder arbeiten, andere gingen zurück an die Uni.

Mit der Zeit veränderte sich deshalb das Engagement von Open Eyes – es wurde professioneller. «Irgendwann hatten wir keine Kapazitäten mehr, um vor Ort zu helfen. Jetzt unterstützen wir zwei Gruppen von der Schweiz aus, die in Bosnien Flüchtlinge ausserhalb der offiziellen Lager helfen.»


Gezielte Hilfslieferungen: Open Eyes Balkanroute bringt immer wieder Sachspenden nach Bosnien.
Foto: PD

Open Eyes betreibt dazu gemeinsam mit anderen Gruppierungen einen Lager- und Sortierraum, wo laufend Sachspenden gesammelt werden. Die Aktivisten in Bosnien melden ihnen jeweils sehr spezifisch, was gerade benötigt wird. «So verhindern wir, dass Transporte mit unnötigen Waren gemacht werden, und können eine langfristige Hilfe garantieren.»

Ein Einsatz in der Ukraine oder einem Grenzland ist für Open Eyes derzeit kein Thema. «Wir haben das Hilfs-Chaos 2015 auf der Balkanroute erlebt. An der Grenze zur Ukraine ist es jetzt ähnlich. Alle fahren dorthin», sagt Friederich. Eine ungewollte Begleiterscheinung: Berge an Material, das teilweise nicht den Bedürfnissen entspricht. «Das kostet nur viel und bringt nichts», so Friederich.

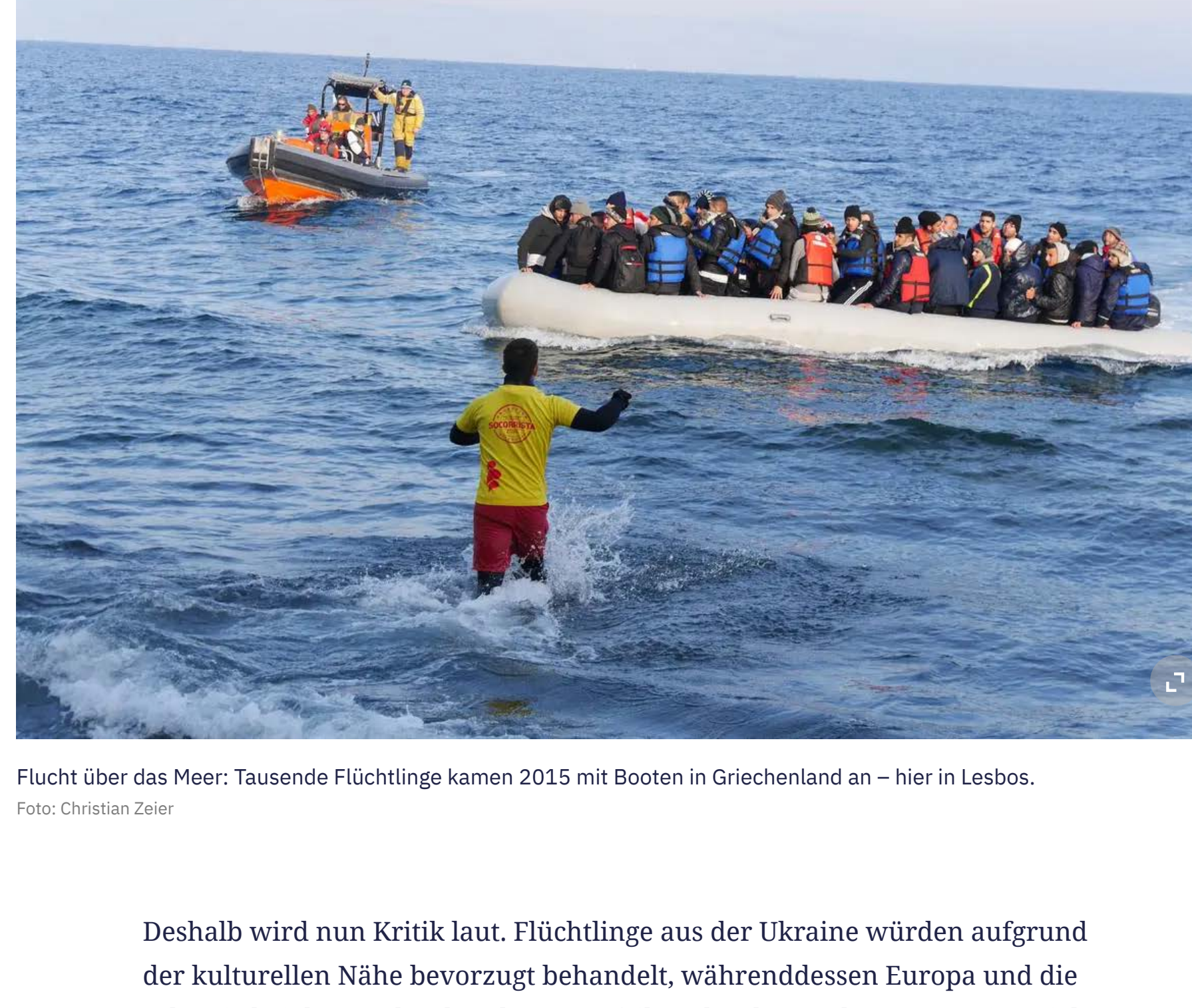
Trotzdem schliesst er nicht aus, dass sich Open Eyes irgendwann für die Ukraine-Flüchtlinge engagieren wird. «Dies aber sehr spezifisch und an die Bedürfnisse vor Ort angepasst.»

Kritik an der Ungleichbehandlung

Spricht man mit Aktivisten wie Manu Friederich, Helfern wie Daniel Winkler oder etablierten Organisationen wie der Flüchtlingshilfe, geht es früher oder später auch um den Schutzstatus S.

Während die Flüchtlinge 1998/1999 und 2015/2016 ein normales Asylverfahren durchlaufen mussten, wird im Falle der Ukraine nun erstmals dieser spezielle Status angewandt. Er wurde aufgrund der Jugoslawienkriege geschaffen, aber nie benützt und ermöglicht eine unkomplizierte vorübergehende Aufnahme der Flüchtlinge.

2015/2016 brachten zwar verschiedene Seiten die Idee ein, den Status für Syrer und Eritreerinnen anzuwenden. Der Bundesrat stellte sich indes dagegen: Die Voraussetzungen seien nicht erfüllt.


Flucht über das Meer: Tausende Flüchtlinge kamen 2015 mit Booten in Griechenland an – hier in Lesbos.
Foto: Christian Zeier

Deshalb wird nun Kritik laut. Flüchtlinge aus der Ukraine würden aufgrund der kulturellen Nähe bevorzugt behandelt, währenddessen Europa und die Schweiz bei den Asylsuchenden aus Afrika oder dem Nahen Osten eine viel repressivere Politik verfolgten, lautet der Vorwurf.

Peter Meier von der Flüchtlingshilfe sagt dazu: «Grundsätzlich sind wir natürlich froh, dass es nun einen einfachen und pragmatischen Weg für die Aufnahme gibt.» Aber eine solche Offenheit wünschte er sich bei allen Geflüchteten. Stossend sei momentan insbesondere die faktische Ungleichbehandlung von vorläufig Aufgenommenen – also etwa Kriegsflüchtlingen aus Syrien.

Meier: «Hier besteht daher aus unserer Sicht in einem zweiten Schritt Handlungsbedarf: Die Politik muss Rechtsgleichheit schaffen.»

Publiziert: 24.03.2022, 06:26

Fehler gefunden? Jetzt melden.

THEMEN

Kanton Bern
Flucht aus der Ukraine
Ukraine-Krieg
Integration

8 Kommentare

MEHR ZUM THEMA

Krieg in der Ukraine im News-Ticker

Satellitenbilder zeigen mutmassliches Massengrab in Butscha | Odessa meldet weiteren Raketenangriff

Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine befinden sich die beiden Länder im Krieg. Wir berichten laufend.

LIVE

© 2022 Tamedia. All Rights Reserved